

# Kali-Klagen: Keine Verhandlung in diesem Jahr

Verwaltungsgericht: „Ob und wann terminiert wird, ist nicht absehbar“



Bleibt es bei einem Kaliberg – oder kommt noch ein zweiter hinzu? Das Giesener Bergwerk spaltet nicht nur im Landkreis Hildesheim die Gemüter.

FOTO: CHRIS GOSSMANN

Von Tarek Abu Ajameh

**Giesen/Hannover.** Das Verwaltungsgericht Hannover wird in diesem Jahr kein Verfahren zu einer der Klagen gegen die Genehmigung des Neustarts im Giesener Kaliwerk eröffnen. Das hat Gerichtssprecher Burkhard Lange auf HAZ-Nachfrage erklärt. Bis über eine oder alle Klagen verhandelt wird, kann es demnach noch deutlich länger dauern: „Ob und wann im nächsten Jahr gegebenenfalls terminiert werden wird, ist derzeit nicht absehbar“, so Lange weiter.

Das hat vor allem zwei Gründe. Zum einen ist das Verwaltungsgericht wie die meisten deutschen Justizbehörden gut ausgelastet. Zum anderen beziehen sich die Klagen zum Teil auf sehr komplexe technische und rechtliche Zusammenhänge, zum Teil auch um diffizile Details aus dem mehr als 1000 Seiten umfassenden Planfeststellungs-Beschluss des Landesamtes für Bergbau, Energie und Geologie (LBEG). Die Behörde hatte die Genehmigung für den erneuten Rohstoff-Abbau und den Bau einer neuen Fabrik am Giesener Kalischacht Ende Januar dieses Jahres genehmigt.

Insgesamt sechs Institutionen und Verbände reichten gegen diese Entscheidung Klage beim Verwaltungsgericht in Hannover ein – aus ganz unterschiedlichen Motiven. Die wohl wichtigste Klage ist die des Umweltverbandes BUND zusammen mit der Bürgerinitiative Giesen-Schacht. Dabei geht es um grundsätzliche Fragen zum Bergwerks-Neustart, die schon vor der Genehmigung auf verschiedenen Ebenen kontrovers diskutiert wurden: die Frage, ob ein zweiter Kaliberg nötig ist, zum Beispiel, aber auch die Auswirkungen auf die Wasserqualität der Innerste.

Die Gemeinde Giesen will nicht hinnehmen, dass die Transportlastwagen vom Kaliwerk in Richtung Bundesstraße und Autobahn durch die Ortsdurchfahrt rollen, fordert stattdessen eine zusätzlich Straße durch die Feldmark.

Die Gemeinde Harsum stört sich ebenfalls an den aus ihrer Sicht drohenden zusätzlichen Lärmbelastungen – zum einen durch Züge, die vom Kaliwerk kommend mit Ziel Hildesheimer Hafen durch den Ort rollen sollen, zum anderen durch den geplanten Rangierbahnhof im Norden des Ortes.

Geklagt haben auch ein rund 100

100  
Lastwagen und 200 Autos pro Tag würden zusätzlich durch die Giesener Ortsdurchfahrt rollen, wenn das Kaliwerk wieder in Betrieb geht. Zuviel, findet die Gemeinde Giesen – und hat deshalb geklagt.

Mitglieder starker Verbund von Landwirten aus dem Raum Harsum sowie eine Gemeinschaft von weiteren 50 Bauern aus dem Raum Sarstedt. Sie fürchten vor allem Einschränkungen bei der Nutzung ihrer Feldwege und in der Folge ein höheren Zeitaufwand beim Bearbeiten ihrer Felder, sehen ihre Belange nicht ausreichend berücksichtigt.

Auch die Wasser- und Schifffahrtsdirektion des Bundes hat Klage gegen die Genehmigung des LBEG eingereicht. Was genau sie daran stört, darüber schweigt sich die Behörde allerdings weiter aus.

Der Düngemittel-Konzern K+S hält bislang an seiner Linie fest, sich mit einer endgültigen Entscheidung über die Wiederinbetriebnahme des Giesener Kaliwerks Zeit zu lassen – und es von der Entwicklung auf dem Weltmarkt abhängig zu machen, ob und wann es in Giesen wieder losgeht oder nicht. Fünf Jahre kann das Unternehmen nach der Genehmigung ins Land gehen lassen. Dabei darf K+S trotz der Klagen aktiv werden – müsste allerdings das Risiko eingehen, bereits Getanes rückgängig machen zu müssen, sollten einer oder mehrere der Kläger Erfolg haben.